

Geplante Überflüssigkeit



...ist die Diskussion über "planned obsolescence", meint Andreas Müller. Demnach schrauben insbesondere Elektronikanbieter ihre Geräte von Handys bis Waschmaschinen so zusammen, dass sie nach Ablauf der Garantie, oder jedenfalls nach einer gewissen Zeit, kaputtgehen. In die Richtung geht auch der Vorwurf, dass die Anbieter von Smartphones ihre Geräte schon früh nicht mehr auf die neueste Version updaten. Bis zu einem gewissen Grad

stimmt das auch alles und man darf sich gewiss darüber aufregen. Aber ein kühler ökonomischer Blick hilft dabei, Ursachen, Folgen, Lösungen im Blick zu behalten.

Doch zuvor ein bisschen Aufregung: Da mein eigenes aktuelles Smartphone, möge es im siebten Kreis der Hölle schmoren, trotz ausreichender theoretischer Leistung ruckelt wie ein Bett in einem billigen Motel, kann ich es sicher nachvollziehen, wenn sich der Volkszorn aktuell gegen bestimmte Anbieter elektronischer Geräte richtet. Dabei ist es manchmal nicht einmal der Hersteller selbst, der ein Update versäumt, sondern der Mobilfunkanbieter. Besonders hervorgetan hat sich dabei Vodafone, dessen gebrandete (mit Vodafone-Werbung geschmückte) Smartphones erst ein Update bekommen werden, wenn die Hölle, in der sie und ihre leeren PR-Phrasen in ihrem gottlosen Vodafone-Forum hoffentlich schmoren, schon lange zugefroren ist. Unglaublicherweise hat es Vodafone nicht einmal fertig gebracht, das LTE-Smartphone "HTC Velocity" auf Android 4 upzudaten, weshalb es trotz 1,5GHz-Dualcore nun mit Gingerbread auskommen muss.

Man muss allerdings beachten, dass viele Hersteller und

Anbieter – nicht Vodafone – ökonomisch sinnvoll handeln, wenn sie bei Geräten, die in zwei Jahren sowieso im Schnitt ausgetauscht werden, nicht allzu viel in die Langzeithaltbarkeit investieren. Dies wären Mehrkosten, die sich nicht auszahlen würden. Dasselbe gilt für Updates auf die neueste Android-Version. Die müssen erst einmal für jedes Gerät angepasst werden. Und wozu sollte man das tun bei einem zwei Jahre alten Gerät, das sowieso kaum noch jemand verwendet? Es sei denn, man ist selbst der Entwickler von Android. Dann versteht es sich, dass die Nexus-Geräte auch noch nach Jahren verlässlich das neueste Update erhalten. Das hält auch die Preise der Geräte oben. Das Nexus S mit 1GZ-Prozessor kostet immer noch [absurde 229 Euro](#). Nur 20 Euro weniger als das [HTC Velocity](#).

Die Hersteller und Mobilfunkanbieter müssen lediglich darauf achten, dass sie es nicht übertreiben mit dem Geiz. Früher war LG dafür berüchtigt, einfach keine flüssige Software entwickeln zu können, seit dem 4X HD hat sich das Problem erledigt und die Kunden finden wieder Vertrauen zu den Südkoreanern.

Ebenso sollte man nicht vergessen, dass man für mehr Geld auch mehr Haltbarkeit finden wird, wenn man nur mal kurz sucht. Wie gesagt werbelt google beständig an Updates für seine Nexus-Geräte. Es gibt zwar Handys, deren Akkus man nicht entfernen kann, wie das Sony Xperia S, aber es gibt auch andere, wie das Sony Xperia U, bei denen das problemlos möglich ist. Das Akku-nicht-wechseln-Problem betrifft vor allem Tablets, aber auch hier sind erste [Geräte mit wechselbarem Akku](#) erhältlich. Warum? Weils eine Marktlücke ist und die werden irgendwann immer von selbst gefüllt. Zudem gibts tragbare Battery-Packs zum Aufladen.

Es wäre trotzdem etwas missverständlich ausgedrückt, würde man sagen, dass "der Markt" das Problem von selbst löst – als gäbe es hier irgendeinen Automatismus. Der Markt, das sind wir. In diesem Fall tragen Journalisten zur Aufklärung über die

Produktqualität und -haltbarkeit elektronischer Geräte bei. Ob der Kunde darauf reagiert, bleibt ihm überlassen. In vielen Fällen tut er das und die Hersteller ändern ihr Herstellungsverfahren. Am Ende bekommt jeder, was er möchte – er muss nur bereit sein, dafür zu zahlen. Oder einfach wissen, was es gibt und was er braucht. Mein Lexmark-Laserdrucker aus der Jungsteinzeit kostete beispielsweise nur 50 Euro und er druckt seitdem mit hoher Geschwindigkeit verlässlich tausende Seiten. Erst nach einem Zeitalter war ein neuer Toner fällig und den kann man sich in so großen Abständen leisten. So etwas gibt es auch.

Es gibt zum Beispiel auch [Notebooks, die militärischen Belastungstests standhalten](#). [Solar-Armbanduhren aus Titan](#), deren Akku man nie austauschen muss und die nie kaputtgehen. Es gibt Schuhe von [Ausstattern der Polizei, der Feuerwehr, des Militärs](#), die jeder für einen erträglichen Preis kaufen kann und die sehr viel besser verarbeitet sind als normale Schuhe aus dem Laden.

Es wäre also falsch, mal wieder den “Kapitalismus” für das Problem der geplanten Überflüssigkeit verantwortlich zu machen. Am Ende ist der Kunde selber schuld. Und Vodafone.

Quelle:

<http://www.terryrotter.de/feuerbringer/2013/03/geplante-uberflussigkeit/#more-3974>

Die Meinung des Gastautors muss nicht der Redaktionsmeinung entsprechen.

Weitere Arbeiten desselben Autors siehe [hier](#).

Wirtschaft und Soziales



Das Folgende wurde unter der Leitung von Bernd Scherf erarbeitet:

1.) Die Humanisten sehen in der Marktwirtschaft die einzige Form vernünftigen Wirtschaftens. Die Marktwirtschaft ist die einzige Wirtschaftsordnung, die mit individueller Freiheit vereinbar ist. Gleichzeitig hat die Marktwirtschaft immer wieder deutlich gemacht, dass nur sie allgemeinen Wohlstand begründen kann.

2.) Eine konsequente Ausrichtung an der Marktwirtschaft bedeutet nicht, den Interessen der Mächtigen der Wirtschaft zu dienen zu sein. Vielmehr ist die Marktorientierung das Eintreten für den Wettbewerb und das Zurückdrängen von Monopolisierung und Kartellbildung. Es gilt heute mehr denn je die Aussage von Walter Eucken: „Die Wirtschaftspolitik der Wettbewerbsordnung unterscheidet sich von einer Politik der Freien Wirtschaft mehr, als sich die Wirtschaftspolitik der Freien Wirtschaft von der Zentralverwaltungswirtschaft in den letzten Jahrzehnten unterschied“. Ziel marktwirtschaftlicher Politik ist nicht die Pflege der oligopolistischen

Marktordnung, sondern der Einsatz für eine Marktwirtschaft, die sowohl von staatlicher Willkür wie von privater Wirtschaftsmacht frei ist.

3.) Die Marktwirtschaft ist die Wirtschaftsordnung, die ein Maximum an Wohlstand generieren kann. Zweifelsfrei hat die Entwicklung der Wirtschaft in den letzten zweihundert Jahren auch soziale Verhältnisse hervorgebracht, die zu Recht Kritik und den Wunsch nach Verbesserung laut werden ließen. Die Notlage der Arbeiter, die Marx eindringlich und richtig schilderte, ist von ihm unrichtig erklärt worden. Der große Irrtum in der Analyse von Marx ist die Tatsache, dass er die Marktformen ignorierte. Nicht die Trennung der Menschen in Eigentümer von Produktionsmittel und arbeitssuchenden Menschen ist die Ursache, sondern dass die Arbeitgeber, denen die Maschinen gehörten, in monopolistischen Marktformen nachfragten.

4.) Häufig wird die ungleiche Einkommensentwicklung der letzten Jahre beklagt. Es ist deshalb zu beachten, dass zwischen Leistungsentgelt und der wirtschaftlichen Aktivität eine positive Korrelation besteht. Bei einer sehr gleichmäßigen Einkommensverteilung würde das Volkseinkommen geringer sein als bei einer ungleichmäßigeren, sofern sich die Ungleichmäßigkeit in jenen Grenzen hält, die von der Leistungsmotivation gedeckt sind. Eine hohe Wachstumsrate ist nur um den Preis einer ungleichmäßigeren Einkommensverteilung zu haben, eine gleichmäßigere kostet Wachstum (*Soziale Gleichheit gibt es nur im Elend!*.) Ökonomische Ungleichheit ist unter einer Bedingung zu akzeptieren: Sie muss sich zum größtmöglichen Vorteil für die am wenigsten begünstigten Gesellschaftsmitglieder auswirken. (*Vgl. John Rawls, Differenzprinzip*). Die Förderung der sozial Benachteiligten muss absolut gesehen werden und nicht relativ.

5.) Im Sinne der sozialen Gerechtigkeit ist eine Steuerprogression zu begrüßen. Sie soll den Verteilungsprozess im Rahmen der Wettbewerbsorientierung korrigieren. Um die

Wettbewerbsordnung zu erhalten, ist es nötig, die Progression zu begrenzen. So notwendig die Progression unter sozialem Gesichtspunkt ist, so notwendig ist es zugleich, durch die Progression nicht die Leistungsbereitschaft zu gefährden.

6.) Für die Humanisten sind Vollbeschäftigung und solide Staatsfinanzen grundlegende Ziele. Deshalb ist mittelfristig eine deutliche Senkung der Staatsverschuldung anzustreben. Die Schuldenbremse ist hierzu ein bedeutsamer Anfang. Dass kurzfristige mit Schulden finanzierte Konjunkturprogramme keineswegs für eine nachhaltige Verbesserung der Vollbeschäftigung sorgen, sondern vielmehr langfristig zu einer Strangulation des Staates führen, hat die Schuldenkrise in der EU überdeutlich gezeigt. Die Humanisten versprechen sich durch eine vitale Marktwirtschaft eine bessere Wirkung für die Erwerbsquote.

7.) Die Humanisten begrüßen im Grundsatz Arbeitnehmerschutzrechte. Es ist aber im Einzelfall zu überprüfen, inwieweit diese einen Beschäftigung hemmenden Effekt erzielen. (*in Spanien hat das Schutzrecht für junge Arbeitnehmer dafür gesorgt, dass Spanien die höchste Jugendarbeitslosigkeit in der EU hat*).

8.) Die Humanisten fordern ein klares und vereinfachtes Steuerrecht. Das gegenwärtige Steuerrecht ist wegen der Kompliziertheit nicht mehr zumutbar. Diese Kompliziertheit führt dazu, dass für gleiche Steuertatbestände von den Steuerberatern und den Finanzämtern verschiedene Lösungen ermittelt werden. Steuerberater dürfen nicht mehr Steuerrater sein. Es ist auch auf dem Gebiet des Steuerrechts Rechtssicherheit zu gewährleisten.

9.) Die Bilanzierung hat sich wieder verstärkt dem alten Grundsatz der Vorsicht zuzuwenden. Diese konservative Bilanzierung schafft stille Reserven und bietet einen gewissen Schutz gegen zu hohe Entnahmen. Sie schafft Reserven in den Unternehmen und dient somit der wirtschaftlichen

Nachhaltigkeit.

10.) Es sind Vorkehrungen zu treffen, dass inflationsbedingte Einkommenserhöhungen nicht mehr automatisch von höheren Tarifen erfasst werden. Die sogenannte „kalte Progression“ ist eine stille und automatische Steuererhöhung. Sie ist wirksam zu begrenzen.

11.) Voraussetzung der Marktwirtschaft ist der Wettbewerb. Es sind Maßnahmen zu ergreifen, die den Wettbewerb sicherstellen bzw. für mehr Wettbewerb sorgen. Einer „vermachteten Wirtschaftsstruktur“ (Walter Eucken) ist entgegenzuwirken. Hierzu gehört auch die Förderung von Existenzgründungen.

12.) In der Marktwirtschaft sind Insolvenzen ein natürlicher Sachverhalt. Es ist durch ein entsprechendes Insolvenzrecht sicherzustellen, dass auch Großbanken in der Insolvenzverwaltung ihren systemnotwendigen Verpflichtungen nachkommen können.

13.) Aufgrund der demografischen Situation ist eine längere Lebensarbeitszeit nicht zu vermeiden. Es sind deshalb Anstrengungen zu unternehmen, um Arbeitnehmer länger in der Erwerbstätigkeit zu halten. Ein späterer Renteneintritt bei einem gleichzeitigen Verdrängen der älteren Arbeitnehmer durch ihre Arbeitgeber ist nicht länger hinzunehmen.

14.) Die Humanisten sind im Grundsatz gegen staatliche Beteiligungen an Großunternehmen. Aber im Gegensatz zur FDP ist dies kein unerschütterliches Dogma. Ein staatliches Engagement an einem Unternehmen kann im Sinne der Marktwirtschaft sein, wenn dieses Unternehmen nach einer Übernahme mit dem übernehmenden Unternehmen zu einem Monopol wird. Die Verhinderung von Monopolstrukturen ist im Interesse des marktwirtschaftlichen Systems wichtiger als die Herkunft des Eigenkapitals. Solange staatliche Unternehmen sich in Wettbewerbsmärkte einordnen und die Preisbildung auf den Märkten nicht durch staatliche Subventionen gestört ist, sind

sie in der Wettbewerbsordnung erträglich.

15.) Das Patentrecht ist zu reformieren. Es war Absicht, mit Patentrecht die technische Entwicklung zu fördern und den Erfinder zu schützen. Die Geschichte hat gezeigt, dass das Patentrecht eine starke Tendenz zur Monopolbildung und zur Konzentration ausgelöst hat. Patentinhaber sollten verpflichtet sein, die Benutzung einer Erfindung gegen eine angemessene Lizenzgebühr jedem ernsthaften Interessenten zu gestatten. In Bezug auf lebenswichtige Medikamente in ärmeren Ländern hat sich eine internationale Debatte über den Patentschutz entwickelt. So kämpft die „Treatment Action Campaign“ (TAC) in Südafrika für mehr Wettbewerb auf dem Pharmamarkt. Sie fordert, dass die Märkte durch die Abschaffung des Patentschutzes für Anti-Aids-Medikamente für kleinere Pharmahersteller geöffnet werden. Tausende von Menschen sind in den letzten Jahren an Krankheiten wie Aids oder Malaria gestorben, weil die Oligopolgewinne die lebenswichtigen Medikamente unbezahlbar gemacht haben. Die Versorgung der Kranken würde besser aussehen, wenn auf dem Pharmamarkt ein echter Wettbewerb herrschte.

16.) Tausende von unabhängigen Saatgutunternehmen sind in den letzten Jahrzehnten verschwunden. Millionen von Landwirten wird das Recht genommen, ihr eigenes Saatgut weiter zu vermehren und damit Vielfalt zu sichern. Immer weniger Oligopole entscheiden über Ernährungsgrundlagen, von denen die Menschheit abhängt. Es ist zu prüfen, ob hier eine Reform des Sortenschutzrechtes Abhilfe schaffen könnte.

17.) Keine Zwangsmitgliedschaft in der IHK

18.). Keine Verschwendungen in den öffentlichen Verwaltungen.
(PCs müssen nicht jedes Jahr ausgetauscht werden)

Das möchte ich noch anmerken, passt aber nicht genau in den Wirtschaftsteil.

1.) Die Humanisten stehen zu Europa. Für sie ist Europa ein Projekt zur Sicherung des Friedens, zum kulturellen Austausch und zur gemeinsamen Sicherung von Freiheit, Demokratie und Wohlstand. Sie sehen mit Besorgnis, dass die Bürokratie alle Lebensbereiche überwuchert. Hier ist Europa auf jene Position zurückzuführen, die es sich einst selbst verordnete. Die rhetorische Forderung nach Subsidiarität muss endlich ernst genommen werden. Es ist darauf zu dringen, dass nur jene Verordnungen umgesetzt werden, die nur überstaatlich geregelt werden können. Und die demokratische Selbstverständlichkeit, dass jede Bürokratie demokratisch zu legitimieren ist, muss auch für Europa gelten. Das europäische Parlament muss befähigt sein, eine gesamteuropäische Verwaltung oder Exekutive zu entlassen.